

Berufspolitik

Laborreform: Branche trifft sich zu „Krisensitzung“

Kosten, die den Einnahmen davonlaufen: Damit sind die medizinischen Labore nicht allein. Neue Einschränkungen will die Branche nicht hinnehmen. Doch wiederholte Hilferufe an die KBV verhallen bislang ungehört.

Veröffentlicht: 01.10.2024, 16:16 Uhr

Berlin. Die Labore hadern weiterhin mit der zum Jahreswechsel anstehenden Laborreform. Nachdem sämtliche Appelle an KBV und KVen, das Beschlusspaket zugunsten der Branche nachzujustieren bislang ungehört verhallt sind, hätten sich Landesvertreter jetzt zu einer „Krisensitzung“ getroffen, „um über Konsequenzen und Handlungsoptionen zu diskutieren“, heißt es am Dienstag in einer Mitteilung der Akkreditierten Labore in der Medizin (ALM). Zu den „Handlungsoptionen“ lasse sich jetzt allerdings öffentlich noch nichts mitteilen, erklärte ein Sprecher auf Nachfrage.

Der Verband bekräftigte seine zuletzt beinahe monatlich wiederholte Warnung, für viele Labore könne die Reform existenzgefährdende Konsequenzen haben und damit zugleich „erhebliche Auswirkungen“ auf die flächendeckend zeitnahe Diagnostik. Laut ALM-Vorstandsmitglied Evangelos Kotsopoulos müssten dann insbesondere „Patienten aus strukturschwachen Regionen länger auf ihren Befund warten“, da kleine und mittelgroße Labore die ersten Leidtragenden der befürchteten Honorareinbußen wären.

Vergütung gekappt, Kosten gestiegen

Mitte Juli hatten ALM und der Berufsverband der Ärzte für Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie (BÄMI) sich bereits in einem „Offenen Brief“ an KBV, GKV-Spitzenverband sowie die Länder-KVen gewandt und eine „Anpassung“ des umfangreichen [Beschlusses \(https://www.kbv.de/media/sp/EBM_2025-01-01_BA_709_BeeG_Transportkosten.pdf\)](https://www.kbv.de/media/sp/EBM_2025-01-01_BA_709_BeeG_Transportkosten.pdf) zur Laborreform gefordert. Diesen Brief hätten inzwischen „mehrere tausend“ Unterstützer unterzeichnet, heißt es weiter.

Zur Verdeutlichung, wie ernst die Lage sei, wird der stellvertretende ALM-Vorsitzende Professor Jan Kramer zitiert. Danach wurden der Laborvergütung für gesetzliche Versicherte „in den letzten 15 Jahren bereits fast 30 Prozent Honorar entzogen. Jetzt werden unsere originären Laboruntersuchungen um weitere gut 10 Prozent abgewertet“. Zusätzlich wollten die KVen „die Mindestersatzquote von jetzt bereits nur 89 Prozent auf 85 Prozent“ absenken.

Demgegenüber seien die Kosten der Laboren – „was wir der KBV nachgewiesen haben“ – zwischen 2017 und 2021 um 19 Prozent und von 2022 bis heute um weitere 15 Prozent gestiegen. Kramer: „Zahlreiche Laboranalysen, die in der Patientenversorgung unverzichtbar sind, sind somit nicht mehr kostendeckend durchführbar.“ (cw)